

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,60 Mk.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 16 Pfg. mehr.
Alle Postanfragen nehmen Befolgungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dunder).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 472A.

Nr. 29.

Berlin, Sonnabend, 13. April 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Gewerkevereine und die Politik. — Zur Wohnungsreform. — Letzte Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter. — Zum Verbandstage. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die Gewerkevereine und die Politik.

In der „Westfälischen Arbeiterpost“, Organ des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes, rät Kollege Bruno Börsch den Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereinen dringend an, die bisherige Neutralität aufzugeben und ihre Mitglieder zu einer organisierten politischen Betätigung aufzufordern.

Mit der Liberalen Partei, die sozusagen in jeder politischen Stellungnahme ein Verbrechen erlände, komme man nicht weiter, und eine wirtschaftliche Gruppe, die nach politischem Einflusse strebe, dürfe ihre Kräfte nicht zerplittern. Aber das „Wie der politischen Betätigung“ beruht sich der Verfasser dahin, daß nur jene Parteiorganisation in Frage kommen könne, die sich um Raumann, Barth, Gothein gruppieren, das heißt der entscheidenden „sozialen Liberalen“, der durch sein bisheriges politisches Wirken bewiesen habe, daß er ein weitgehendes sozialpolitisches Verständnis besitze. In den Gewerkevereinen habe es sich innerlich dieser Parteiorganisation um entscheidenden Einfluß zu sichern.

In dieser kurzen Skizze war der Inhalt des Börsch'schen Artikels der „Berliner Volks-Zeitung“ vom 11. März 1907 zum Ausdruck gebracht worden. Auch andere Zeitungen ließ man diese Skizze zugehen. Aus den vielfachen Zuschriften, namentlich aus dem Westen, erschien mir, daß der Börsch'sche Artikel den Kollegen Börsch sehr wenig Anklang findet. Auch die „Berliner Volks-Zeitung“, die oft genug ihre Sympathie für die Börsch'sche Richtung zum Ausdruck gebracht hat, betont mit Recht, daß man den Gewerkevereinen einen schlechten Dienst erwiesen würde, wenn man sie in den engen Rahmen einer Fraktion einzuspannen würde. Das ist in der Tat durchaus zutreffend. Im Gegensatz zu der sozialdemokratischen und der sogenannten christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen die Deutschen Gewerkevereine — ohne Bindung an eine Partei — auf dem Boden einer wahrhaft liberalen Weltanschauung. Und gerade die Gewerkevereine haben ein lebhaftes Interesse daran, daß das fortschrittlich denkende Bürgertum durch die fortschrittlich denkenden Arbeiter gestärkt und demokratisiert wird. Demokratisch ist auch die Verfassung der Gewerkevereine. Eine energische bürgerliche Demokratie, verstärkt durch eine intelligente Arbeiterschaft, die den Klassenkampf vermeint, würde Großes leisten können sowohl auf dem politischen, wie auf allen sozialen und wirtschaftlichen Gebieten.

Die liberalen Parteien sind darin vollkommen einig, daß sie ihre eigenen Parteiorganisationen anfruchtbar halten wollen. Bei den Wahlen aber wollen sie, wie das durch die Fraktionen bei den parlamentarischen Arbeiten auch bereits geschieht, zugunsten der großen liberalen Idee zusammenwirken. Da können die Gewerkevereine, wenn sie unabhängig bleiben, einen wichtigen Stimulus bilden. Zur Dynamik aber verdammt wären sie und Mächtige Zerplitterung in den eigenen Reihen würde die Folge sein, wenn man die Gewerkevereine auf irgend eine der bestehenden liberalen Fraktionen verpflichten wollte. Das ist auch die Auffassung der „Berliner Volks-Zeitung“, die sich über den Düsseldorf'schen Vorschlag wie folgt äußert:

Die Frage der politischen Neutralität oder der Parteipolitik der Gewerkevereine wird schon so lange erörtert, wie

die Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine existieren. Mit dem Düsseldorf'schen Vorschlag aber wird sie ganz gewiß nicht gelöst werden. Die Einpannung der Gewerkevereine in den engen Rahmen einer einzigen Fraktion und ihnen unter allen Umständen zum Nachteil gereichen. Wir wissen es aus dem Grunde zahlreicher Gewerkevereiner selbst, daß die allzu enge Verbündung zweier der Gewerkevereinsämtern (des verstorbenen Max Hirsch und des gegenwärtigen Verbandsorganisationsredakteurs) mit der in sozialer Beziehung immerhin bedenklich zurückgebliebenen Fraktion der freisinnigen Volkspartei der Gewerkevereinsfrage durchaus nicht zum Vorteil gereicht habe. Allerdings ist die Börsch'sche Gruppe in sozialpolitischer Beziehung modern; aber in der Wählerfrage nimmt sie eine Stellung ein, die sicherlich in Gewerkevereinskreisen auf einen weitverbreiteten Widerstand stößt. Manche Gewerkevereiner mögen sich durch den Namen Raumann betören lassen. Aber Raumann's Teilnahme vom sozialen Adhäsion sind nicht nach dem Gesichtspunkt der Gewerkevereinsarbeit; auch seine Militär-, Flotten- und kolonialpolitischen Anschauungen werden in Arbeiterkreisen nur wenig geteilt. Außerdem weiß niemand genau zu sagen, ob Raumann's Entwicklung abgeschlossen ist oder noch welcher Richtung und bis zu welchem Ziele sie noch ihre Fortsetzung finden werden. Wer in einem halben Jahrzehnt vom Süddeutschen christlichen Sozialismus bis zur liberalen Volkspartei gebrochen ist, dem ausgeartet mit einer großen Menge von Reservatanschauungen, von dem darf man in vorstehenden politischen Kreisen darauf gefaßt sein, daß man eines Tages an ihm noch neue Ueberraschungen erlebt. Es wäre ein schwerer Verlust der Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereine, wenn sie sich gerade mit diesem Politiker identifizieren würden.

Die Gewerkevereine haben nicht nötig, sich an eine bestimmte Parteiorganisation zu attachieren, weil für den einen oder den anderen parlamentarischen dieser Gruppe bei einzelnen Gewerkevereinen ein gewisses Maß besteht. So einfach ist die Sache nicht: Die Gewerkevereine müssen dafür sorgen, daß sie stark genug werden, um ihrerseits die Fraktionen zur Anerkennung berechtigter Arbeiterforderungen zu zwingen! Das ist das höchste Ziel!

Es nimmt uns übrigens wunder, warum Bruno Börsch gerade Männer wie Barth und Raumann als Musterbeispiele voranstellt. Barth hat sich in Deutschland politisch unmöglich gemacht, einmal weil er seinem von ihm zuletzt vertretenen Hirschberger Wahlkreis das gegebene Wort, gegen die Militärvorlage von 1893 zu stimmen, brach. Dieser Wortbruch hatte die Folge, daß der Wahlkreis Hirschberg ihn nicht wieder aufstellte. Barth und Raumann haben dann auf Kosten des gesamten Liberalismus, und nicht zum Vorteil für die Gewerkevereine, die Sozialdemokratie überaus lebhaft gepönselt. Diese aber wies alle Liebeswerbungen beider Herren höflich ab. Dr. Barth, dessen Tüchtigkeit wir keineswegs verkennen, verläßt Deutschland. Raumann dürfte vielleicht inzwischen schon etwas ernüchert worden sein von seinem schwärmerischen Urteil über die Sozialdemokratie. Die Gewerkevereine konnten jedenfalls auf diesem Gebiete schon um ihrer Selbsterhaltung willen weder mit Barth noch mit Raumann gehen, denn wir müssen zwischen der Sozialdemokratie und uns eine scharfe Scheidelinie ziehen.

Durch Dr. Max Hirsch und unseren Verbands-

redakteur waren die Gewerkevereine mit der freisinnigen Volkspartei keineswegs „verbündet“. Beide haben vielmehr die Notwendigkeit der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkevereine immer energisch betont und darauf auch gehandelt.

Barum nennt Kollege Börsch aus der Fraktion, welcher Gothein und Raumann angehören, nicht Männer wie Karl Schrader und Dr. Vachnide? Diese sind nicht weniger liberal und denken und handeln auch nicht weniger sozial als jene. Wohl aber haben sie den Vorzug, daß sie sich nicht erst jetzt, sondern schon immer für die Gewerkevereine interessiert, wie es auch einflussreiche Männer aus der freisinnigen und der Süddeutschen Volkspartei getan haben.

Darin irrt die „Berliner Volks-Zeitung“, wenn sie meint, daß die Fraktion der freisinnigen Volkspartei in sozialer Beziehung rückständiger sei als eine der beiden anderen freisinnigen Fraktionen. Wir wären in der Lage, das Gegenteil zu beweisen, möchten es aber nicht tun, um nicht die eine liberale Gruppe auf Kosten der anderen herabzusetzen. Weder die Gewerkevereine noch der gesamte Liberalismus sind stark genug, um einen unruhigen inneren Streit leicht ertragen zu können. Das würde unserer eigenen Entwicklung jedenfalls von großem Nachteil sein.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ hat das „Fabel Kern“ indes richtig erfasst, wenn sie erklärt, die Gewerkevereine müssen dafür sorgen, daß sie stark genug werden, um ihrerseits die Fraktionen zur Anerkennung berechtigter Arbeiterforderungen zu zwingen. Das ist der bisher im Gewerkeverein vertretene Standpunkt, an dem wir unbedingt festhalten müssen.

Eine lebhaftere politische Betätigung aller Verbandsgenossen ist selbstverständlich dringend wünschenswert. Wer das lieber innerhalb der freisinnigen Vereinigung tun will, darf daran nicht gehindert werden. Wer es mit der Süddeutschen Volkspartei oder der freisinnigen Volkspartei hält, ist dazu aber nicht minder berechtigt. Wir können und sogar sehr wohl denken, daß ein sozialverbändiger Nationalliberaler aufrichtige Anhänger unter unseren Verbandsgenossen findet. Wir haben in Westfalen und in Schlesien katholische Verbandsgenossen von demokratischer Gesinnung, die aber aus religiösen Rücksichten für das Zentrum stimmen. Wer hat das Recht, ihnen das zu verbieten? Die Gewerkevereine würden sich selbst vernichten, wenn sie auf ihre Mitglieder einen parteipolitischen Zwang ausüben wollten. Für ihren politischen Einfluß dürfen sie nicht auf eine Fraktion angewiesen sein. Selbst über die liberalen Fraktionen hinaus müssen sie durch ihr entschiedenes nationales, volks- und vaterlandsfreundliches Verhalten Einfluß gewinnen auf den gesamten Reichstag und die Reichsregierung. K. G.

Zur Wohnungsreform.

Ueber Fortschritte der Wohnungsreform konnten wir in Nr. 27 des „Gewerkeverein“ im September 1905 an der Hand der Beschlüsse des Berliner Verbandstages und eines Jahresberichts des Reichsvereins für Wohnungsreform (Berlin) (Wohnungsreform) berichten. Der kurze ist nun wieder ein bearbeitetes „Jahresbuch“ erschienen (Verlag Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen). Enthält auch der Inhalt vieles schon durch die Lageverhältnisse bekannte Ge-

wordens, so ist doch der Platz anerkanntwert, mit dem alle Vorgänge auf dem Gebiete der Wohnungsreform gesichert und aneinander gerückt werden. Das im „Jahrbuch“ zusammengestellte Material gibt ein ziemlich klares Bild der Verhältnisse und Ergebnisse der Wohnungsreform. Einige Niedergaben aus dem Jahrbuch, das die Zeit vom 1. April 1905 bis 31. März 1906 umschließt, werden die Leser des „Gewerkevereins“ auch in diesem Jahre interessieren.

Die Verhältnisse auf dem Gebiete der Wohnungsreform sind in den meisten deutschen Bundesstaaten nur wenig geändert. Es ist auch nicht zu erwarten, daß in dieser Frage bald größere Fortschritte gemacht werden, wenn sich die Regierungen nicht entschließen, die Wohnungsfürsorge überhaupt durch besondere Gesetze einheitlich zu regeln. Auf der ersten deutschen Wohnungskonferenz am 17. März 1906 in Frankfurt a. M. wurden hinsichtlich der Wohnungsaufsicht gesetzliche Vorschriften gefordert, wie sie im Großherzogtum Hessen bereits bestehen und wie sie in dem preussischen Wohnungsgesetzentwurf, wenn auch in nicht ganz zureichender Weise, vorgeschlagen werden.

Angeht die Rückgänge der Zahl der leerstehenden Wohnungen in vielen Städten Deutschlands im Jahre 1905 gewonnen die Fortschritte, die hinsichtlich der Förderung der Bautätigkeit gemacht wurden, und die Fortschritte, die auf diesem Gebiete zukünftig zu erwarten sind, erhöhte Bedeutung.

Gravierend ist das Zurückbleiben der großen Aufschwung, den die Baugenossenschaftsbewegung in Deutschland fortgesetzt nimmt. Nach dem „Jahr- und Adreßbuch der Gewerkschaften und Wirtschaftsgenossenschaften im Deutschen Reich“ für das Jahr 1905 betrug die Zahl der Baugenossenschaften 588 mit rund 115 000 Mitgliedern. Eine genaue Statistik über sämtliche von den Baugenossenschaften errichteten Wohnungen besitzen wir noch nicht. Nach einer Schätzung, die Dr. Walter Hildebrandt in seinem Buche über „Die deutsche Baugenossenschaftsbewegung“ anstellt, sollen die baulichen Leistungen der deutschen Baugenossenschaften bis zum Jahre 1905 auf 7500 Häuser mit 30 000 Wohnungen mit einem Werte von 150 Millionen Mark zu veranschlagen sein. Diese Ziffern scheinen eher zu niedrig als zu hoch gegriffen.

Neben den Baugenossenschaften kommen für die Erzeugung der privaten Bautätigkeit eine größere Anzahl gemeinnütziger Baugesellschaften und Stiftungen in Betracht; es gibt ihrer 55 Aktiengesellschaften, 25 rechtsfähige Vereine und 77 Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Mit Recht hebt das „Jahrbuch der Wohnungsreform“ hervor, daß die gemeinnützige Bautätigkeit wohl kaum große Fortschritte hätte machen können, wenn sie nicht von den verschiedensten Seiten finanziell gefördert worden wäre. In erster Linie ist in dieser Hinsicht die Tätigkeit der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten zu nennen. Von den Landesversicherungsanstalten und den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes zugelassenen Rostener Anstalten sind im Jahre 1905 für den Bau von Arbeiterwohnungen rund 17,8 Mill. Mark ausgegeben worden, so daß die bisher für diesen Zweck bereitgestellten Mittel den Betrag von nahezu 151 Mill. Mark erreicht haben. Bemerkenswert ist jedoch, daß unter den 40 in Betracht kommenden Anstalten sich 1 befinden, die noch nicht 1 Mill. Mark für die Unterbringung des Baues von Arbeiterwohnungen aufgewendet haben.

Der „Deutsche Verein für Wohnungsreform“ hat sich im Jahre 1905 an die zuständigen Stellen mit einer Eingabe gewandt, welche den Wunsch nach einer stärkeren planmäßigen Heranziehung der Versicherungsanstalten und ihrer großen Geldmittel für den Arbeiterwohnungsbau zum Ausdruck bringt. Wie in der Eingabe dargelegt wird, könnten die Versicherungsanstalten dann eher auch dem selbständigen kleinen Mittelstande zum Erwerb eigener kleiner Häuser Gelder zu zweitem Hypotheken geben, und ferner wäre es den genannten Anstalten wesentlich erleichtert, den gewerblichen Kleinwohnungsbau finanziell zu fördern, soweit dieser bereit ist, sich Beschränkungen zu unterwerfen, die notwendig sind, um die zu errichtenden Kleinwohnungen dauernd dem Nutzen der mit der bemittelten Klassen zu erhalten. Die Eingabe des „Deutschen Vereins für Wohnungsreform“ hat beiden besagten Stellen weitgehend Beachtung gefunden. Das Reichsversicherungsamt hat eine Erörterung der in der Eingabe angeregten grundsätzlichen Fragen auf der nächsten Konferenz mit den Landesversicherungsältesten und den Landesversicherungsanstalten in Aussicht genommen.

Ueber die Wohnungsfürsorgefähigkeit des Reiches und einzelner Bundesstaaten sind die Leser des „Gewerkevereins“ orientiert. Ueber die Tätigkeit der Preise ist nur zu berichten, daß der Preis des Landstreuholzes nach Abschluß der, eine neue Anleihe von 200 000 Mk. zur Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen aufzunehmen.

Sehr interessant ist die Feststellung, daß während der Berichtzeit eine Anzahl Gemeinden dazu über-

gegangen sind, selbst Wohnungen zu bauen, so geschah es in Müllhausen i. G., Emden, Schweinfurt, Apenrade und Oberlangen i. Orgau. Andere Gemeinden unterstützten die gemeinnützige Bautätigkeit durch direkte Gewährung von Darlehen oder durch Uebernahme der Garantie gegenüber den Landes-Versicherungsanstalten und anderen Kreditinstituten. Ein gutes Bild vorwärts gekommen ist auch die Wohnungsbeschaffung für Arbeiterwohnungen durch Errichtung von Wohnheimen. In Frankfurt a. M. hat eine gemeinnützige Aktienbau-Gesellschaft ein Wohnheim geschaffen, das dazu bestimmt ist, Familien, in denen die Mutter fehlt, nicht nur Wohnung zu gewähren, sondern für die kleineren Kinder auch gemeinsame Pflege und Beaufsichtigung bei Tag und Nacht.

Trotz aller gemeinnützigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohnungsbeschaffung besteht doch darüber kein Zweifel, wie das „Jahrbuch“ treffend hervorhebt, daß die Mängel unseres Wohnungswesens, namentlich die großen Schwankungen der Bautätigkeit und die sich daraus ergebenden Schäden, nur dann werden zu beseitigen sein, wenn das private Baugeschäft selbst in die Reformtätigkeit mit hineingezogen und an ihr mitbeteiligt sein wird. Dazu wird die Schaffung kapitalstärkerer Bauunternehmungen und ebenso die Gründung staatlicher oder provinzieller Bauanstalten empfohlen.

Sobald für heute aus lebenswerten Bedürfnislosigkeit des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, auf Einzelheiten kommen wir vielmehr noch gelegentlich zurück.

Akte Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter.

Die achte Generalversammlung des Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter wurde am 1. Osterfeiertag, nachmittags 3 Uhr, am Dortmund im „Goldenen Hirsche“ durch den Kollegen B. J. Hamacher eröffnet. Außer den 19 Abgeordneten und den Vertretern des Hauptvorstandes und des Zentralrates hatten sich zahlreiche Mitglieder des Gewerkevereins der Bergarbeiter und andere Ortsvereine aus Dortmund und der Umgegend eingefunden. In seiner Begrüßungsansprache gedachte Kollege Hamacher auch der aus dem Leben geschiedenen Gewerkevereiner und Kameraden, wobei er insbesondere auf Dr. Max Hirsch, Emil Klason und auf die beiden großen Grubenunfälle vernichteten Leben zahlreicher Kameraden hinwies. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende des Ortsvereins der Bergarbeiter Dortmund, Kollege Start, begrüßte die Generalversammlung im Namen der Dortmund Kameraden, Verbandsredakteur Karl Goldschmidt im Namen des Zentralrates.

Den Tätigkeitsbericht erstattete Kollege Hamacher. Der vorige Delegiertentag Pflingten 1905 habe noch unter dem Zeichen der Nachwirkungen des großen Streiks gestanden. Inzwischen habe der Bergbau eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Es würden jetzt 18 Millionen Tonnen Kohlen mehr gefördert. Die Löhne seien gestiegen, mehr aber noch die Kohlenpreise, so daß dem Kapital ein größerer Gewinn durch die Konjunktur zugefallen sei als der Arbeit. Der Redner erörterte sodann die inzwischen eingetretene Aenderung der Berggesetzgebung, sowohl bezüglich des Schutzes der Bergarbeiter wie auch der Knappschaftskassen. Leider sei die Reform auf beiden Gebieten unzureichend, das Abgeordnetenhaus habe teilweise sogar nach der Regierungsvorlage verschlechtert. Dankbare Anerkennung verdiente unser Verbandsredakteur, Kollege Goldschmidt, der im Abgeordnetenhause sehr energisch für die Interessen der Bergarbeiter eingetreten sei. Die Mitgliederzahl des Gewerkevereins sei auf 2673 gewachsen. Es seien 35 neue Ortsvereine gegründet worden. Der Berichterstatter schloß mit einem Ausblick auf die zu erwartende weitere günstige Entwicklung des Gewerkevereins und forderte hierzu alle Kameraden und Verbandsgenossen zu lebhafter Mitarbeit auf. Die Debatte nahm den ganzen weiteren Nachmittag bis kurz vor Beginn des Festmehrfestes — siehe den Bericht unter Gewerkevereinsteil — in Anspruch. Die Nebenfragen wurden zum Abschluß. Der Gewerkeverein der Bergarbeiter werde und müsse vorwärts kommen.

Den Kollegen Hamacher und Schmidt, den beiden geschäftsführenden Beamten, wurde für ihren Fleiß und die von ihnen geleistete treue Pflichterfüllung herzlich gedankt. Der zweite Ostertag wurde von früh an — nachdem der Rassenbericht gegeben — den ganzen Tag in Anspruch genommen mit der Beratung der mehr als 70 Anträge. Der Gewerkevereinsteil wurde um 10 Uhr, erlößt, worauf aus der Gewerkevereinstelle ein Sterbegeld von 60 Mk. gezahlt wird. Die Unterstützung bei Streiks und Anzeigen wurden erörtert.

Die bezüglich des Degans „Der Bergarbeiter“ gestellten Anträge wurden bei aller Anerkennung für die guten Absichten der Antragsteller abgelehnt. Eine wichtige Forderung, die sehr umstritten war, betriff

den Beihilfefonds. Es wurde die jetzt vorgeschriebene ärztliche Untersuchung für die in den Beihilfefonds eintretenden Mitglieder aufgehoben. Die Mitglieder müßten sich schon bei Aufnahme in die Knappschaftskasse ärztlich untersuchen lassen. In der Debatte wurde vorgeschlagen, daß einzelne Bergleute für das Gesundheitsattest einen sehr hohen Betrag fordern. Ein Antrag, den Beamten des Gewerkevereins zu verbieten, sich politisch zu betätigen, wurde einstimmig abgelehnt.

Im Gewerkeverein waren bisher die Beiträge nach Revieren verschieden. Vom 1. Januar 1906 sollen die Beiträge für alle Reviere gleich sein. Der zuverläßliche Geist, der alle Teilnehmer erfüllte, hielt während der ganzen Tagung an. Mit neuen Kräften wird jetzt die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufgenommen, um den Gewerkeverein der Bergarbeiter zu kräftiger Entfaltung zu bringen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 12. April 1907.
Der Deutsche Handelsrat ist Anfang dieser Woche in Berlin zu seiner 33. Vollversammlung zusammengetreten. Der Reichstanzler Fürst von Bismarck war der Einladung nicht gefolgt und hatte sein Reichsergänzung mit Frankfurt ersucht. Er, der kürzlich noch beim Deutschen Handelskongress in einer schlußvollen Rede auf die Landwirtschaft gehalten hat, in der er sich bekanntlich schon die Inanspruchnahme als seinen Stellvertreter mit Herrn Dernburg den Staatssekretär Grafen Posadowsky entsand. Dieser hielt eine recht bedeutungsvolle Ansprache, in deren Eingang er namentlich den gewaltigen Aufschwung unserer Industrie und unseres Handels feierte. Eine Folgeerscheinung dieses Aufschwunges sei ein sich bemerkbar machender Mangel an Arbeitskräften.

Der gesteigerte Bedarf an Arbeitskräften hat Deutschland genötigt, zahlreiche Arbeiter vom Auslande heranzuziehen. Mit dieser gesteigerten Nachfrage sind aber auch gesteigerte Forderungen der Arbeiter herorgetreten, und es entsandete sich hieraus auf dem Arbeitsmarkte festgesetzte Löhne, welche am Ende der Rechnung sich den Arbeitnehmern und Arbeitgebern meist gleich schädlich erwiesen. Wissenschaft und Praxis erwerben sich deshalb ein Versehen, wenn sie Wege ausfindig machen, um die vielfach nur scheinbar widerstreitenden Interessen beider Vertragsparteien im friedlichen Verfahren anzugleichen.

Nachdem der Staatssekretär sodann die Lage des Weltmarktes geschildert hatte, kam er wieder auf die Arbeiterfrage zurück, die ihn weiter folgende Sätze sagen ließ:

„Die fortschreitende Entwicklung unserer Industrie hat wesentlich dazu beigetragen, die Lebenshaltung der industriellen Arbeiter zu heben, eine Tatsache, die wohl von keiner Seite mehr ernstlich bestritten wird. Aber mit der industriellen Entwicklung sind auch mancherlei Gefahren für unsere Volksgesundheit verbunden, und die Kurve der Betriebsunfälle steigt leider eine aufsteigende Linie. Wenn die verbündeten Regierungen deshalb sorgfältig demüßigt sind, für Leben und Gesundheit der Arbeiter in wirksamer Weise einzutreten, so ist das Erfordernis der höchsten politischen Theorie, sondern die Erfüllung einer höchsten Pflicht zur Erhaltung unserer Volkskraft. Mit dem Fortschritte der Sozialität der Arbeiter wachsen automatisch auch die sozialpolitischen Forderungen, und es haben deshalb alle Arbeitgeber das gleiche Interesse, in ihren Vertrieben die Vorsichtsmaßnahmen gegen chronische und akute Intoxikation der Arbeiter anzuwenden, welche Hygiene und Erhaltung lehren. Die verbündeten Regierungen glauben, bei Befolgung dieses Zweckes auf die willige und verhältnismäßige Mitwirkung der Arbeitgeber rechnen zu dürfen.“

Lebhafte Zustimmung folgte diesen Worten des Staatsmannes der deutschen Sozialpolitik. Wir wollen hoffen, daß, wenn es heißt, diese Worte in Latein umzusetzen, dann auch die Vertreter des Handels im Reichstage ihre Hand freudig dazu bieten werden.

Von praktischer Arbeit, so schreibt uns ein vor Jahren aus Deutschland nach England ausgewandertes Bergarbeiterpaar, sind wahrhaftig „Hilfsworte“ Genossen keine Freunde. Das wird auch dem englischen Minister John Burns, dem ehemaligen Arbeitersführer, jetzt zu Gemüte gefahren. Obgleich wir uns bereits im Sinne dieser Aufschrift über den gleichen Vorgang äußerten, geben wir ihm doch gern Raum. „Trotz seines unermüdbaren Arbeitens für die Interessen der Arbeiter können es ihm die süßesten „Genossen“ nicht vergessen, daß er sich mehr und mehr zu liberalen Anschauungen bekehrt hat. Immer und immer wieder werden die beständigen Angriffe gegen ihn gerichtet, wobei sich besonders der sozialistische Abgeordnete Herr Gardie hervorwagt. Anlaß zu seinem letzten Vorstoß gab demselben die Tatsache, daß von den für Arbeitslose zur Verfügung gestellten 200 000 Pfund Sterling etwa 90 000 nicht verausgabt worden seien. Die Antwort des Ministers, daß überall da, wo unerschuldete Arbeitslosigkeit vorgekommen habe, ohne weiteres in freigelegter Weise geholfen worden sei, er es aber ablehnen müsse, auch an Arbeitsunlustige Unterstüßungen zu zahlen, erschröckte den

Wiederherstellung des Arbeiterstandes mit allen andern Gesellschaften. Den mit rauschendem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners folgten dann abwechselnd Sing- und Musikstücke sowie Ansprachen, so daß die schönen Stunden leider zu rasch verstrichen. Besonders gedenken müssen wir hierbei jedes des Männergesangsvereins „Harmonie“, der mit seiner ausgezeichneten Vortragweise von Volkstümern die im;ofante Festversammlung vollständig fortrif. Kamerad **Sammacher** dankte in einer kurzen Ansprache dem Ortsverbandsvorsitzenden für seine herrlichen Worte und allen Wortwundern für die überaus gastfreundliche Aufnahme. Jedes besondere Lob aber müßte er im Einverständnis mit seinen Kameraden vom Hauptortsausschuss ablehnen, sie hätten lediglich ihre Pflicht als Gewerkschafter und als organisierte Arbeiter erfüllt. Allerdings, das könne wohl gesagt werden, es gebe wohl kaum eine Arbeiterorganisation auf deutschem Boden, der eine so vornehmliche Kaufbahn beschreiben wolle, als gerade unser Gewerkschafter der Bergarbeiter. Seit dem Winter 1863-70, wo nach dem Ausschuss der Bergarbeiter (der ersten Klasse in einem Gewerkschafter im Jahre 1898, seien alle Bergleute, einen lebensfähigen Gewerkschafter der Bergarbeiter im Hinblick auf den Bestand der Deutschen Gewerkschafter zu erhalten, geschickter. Wenn es nun trotzdem gelungen ist, langsam vorwärts zu kommen, so haben wir das in erster Linie dem Umstande zu verdanken, daß die Kameraden es verstanden haben, Streik und Personalfreiheit, die größten Feinde einer fortschreitenden Organisation, aus ihren Reihen fernzuhalten, sorgen wir also dafür, daß dieses so bleibt, dann braucht man auch vor die Zukunft nicht bangen zu sein. Der Redner schließt mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkschafter und insbesondere auf den Ortsverband Duisburg.

Als dritter und letzter Redner während der Feier ergreift noch der Kollege Verbandskassierer **Soldschmidt** das Wort. Er habe ihn sehr gefreut, als er vom Zentralrat dazu beauftragt wurde, der Generalversammlung des Gewerkschafter der Bergarbeiter hier in Dortmund beizuwohnen und so nochmals einige Stunden in der Stadt verleben zu können, in der er seinen früheren Wirkungskreis gehabt und in der er folgebessert heute noch eine Anzahl treuer Kollegen und Freunde besitzt. Wenn durch die Bemühungen des Ortsverbandes hier in Dortmund ein lebensfähiger Ortsverein der Bergarbeiter entstehen sei, aus welchem dann eine ganze Anzahl solcher in der Umgegend hervorgingen, so sei es auch nicht mehr wie recht und billig, daß die diesmalige Generalversammlung hier in Dortmund tagt. Er sei vorher mit einem Berufs-kollegen zusammengestritten, der Herr habe gemeint, die Gewerkschafter seien doch schon mehr Sozialdemokraten, ein Vorwurf, der sich durch nichts rechtfertigen löste, der ihn aber veranlaßt, hier auf die Bestrebungen der Deutschen Gewerkschafter etwas näher einzugehen. Wenn wir nicht bei jeder passenden oder nichtpassenden Gelegenheit mit den sogenannten Opportunisten übereinstimmen, so komme das daher, daß wir die Empörung des Arbeiterstandes zu

gleichberechtigten Staatsbürgern als eine unserer größten wahrhaft patriotischen Aufgaben betrachten, für die man aber in denjenigen Kreisen, die so gerne den Patriotismus für sich allein beanspruchen, leider oft nur recht wenig Verständnis finde. Der Redner weist dann durch die bisherige Tätigkeit der Deutschen Gewerkschafter und an der Hand ihres Programms nach, wie ungerecht es sei, gegen dieselben solche Vorwürfe zu erheben. Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß Kollege **Soldschmidt** seine mit jubelndem Beifall aufgenommenen Rede. Mittlerweile rückte die Mitternachtsstunde heran, mit welcher die Feier ihr Ende nahm. Dieselbe war so recht dazu geeignet, um bei den Teilnehmern noch oft schöne Erinnerungen wachzurufen.

Salle a. C. Der Ortsverband hielt am Donnerstag, 4. April, in der Böhrenhalle eine Versammlung für Frauen und erwachsene Mädchen ab. Fräulein **Ellisabeth Lüders** aus Brunenwald bei Berlin sprach über das Thema: „Gemeinamkeit, Recht und Raub“. Die geschätzte Rednerin legte den Anwesenden, worunter sich einige Frauen vom Frauenrechtsschutzverein befanden, klar, daß das weibliche Geschlecht sein ganzes Leben und Dasein einjagen müßte, um die Rechte zu erlangen, die denselben in unserem Vaterlande zukommen. Durch gemeinsames Vorgehen in allen Angelegenheiten, **S. D.** der Frauenrechte, der Arbeiterinnenfortschritt, Sozialkampfen müßte richtig bewirkt werden, daß die Arbeiterinnen ganz zu Recht mit neugierigen Blicken beiseite werden, wo sie daselbst leschen, wie die Männer. Viel Schluß trage dabei, daß die Frauen so wenig Sinn für die Organisations haben; im Durchschnitt kommen nur auf hundert 3 Organisierte. In den drei Städten Berlin, Dresden, Hamburg gebe es 62000 Haushaltungen, in welchen die Frauen mitarbeiten müssen; da würden die Kinder vernachlässigt. Dazu komme, daß vielfach Unterernährung herrsche. Der Nation bringen solche Verhältnisse großen Schaden, denn die Volksgesundheit ist der wichtigste Fortschritt für den Fortschritt. Vom Staate müßten Fortbildungsschulen für weibliche Personen eingerichtet werden, denn die Schulbildung der Mädchen liegt meist noch sehr im argen. Bei den Steuern und der Gerichtsbarkeit resp. Straftatungen sei das Weib mit dem Manne gleichgestellt, hingegen bei allen Staatsämtern und den Wahlen seien die Frauen gerade wie ein Soldat zweiter Klasse. Eine Ausnahme mache nur die Krankenversicherung; hier wäre den Frauen das Wahlrecht gegeben; aber wehe, wenn sie Art machen, mitzuwählen oder Personen auszuwählen, wie dies vor kurzem in **Breslau** der Fall war; da machte sich die Partei, auf deren Schild die „Freiheit“ prangt, noch lustig über dieses Vorgehen. Die Frauen „Genossen“, die auf dem Papier das Frauenrecht stehen haben, zeigten sich auf einmal in ihrem vollen Glanze. Die Frau müßte viel mehr in den Vordergrund treten und unermüdet für ihre Rechte kämpfen; das Ziel für die Zukunft der Frauen müßte dahin gehen, überall die Hand zu weichen und eine bessere Erziehung anzustreben. Besondere Reformen müßten in kurzer Zeit eingeführt werden, u. a. müßte endlich die Beschäftigung der Arbeiterinnen durch weibliche Inspektoren erfolgen. Am geeigneten Frauen sei nicht vorhanden. Die eide Kampfen für Frauenrecht schloß mit den Worten: „Manlein ohne Hinterlat, der Sonne nicht entgehen!“ — An der an-

schließenden Diskussion beteiligten sich mit gutem Erfolge viele Frauen, darunter Frau **Justina Gemenz**, und mehrere Kollegen. Der Vortragende wurde lebhafter Dank gezeigt, und wird über recht baldige Wiederkehr gewünscht. T.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Disziplinierklub der Deutschen Gewerkschaftervereine (S. D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaftervereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen. — **Gängerklub der Deutschen Gewerkschaftervereine (S. D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Lehmannstraße im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaftervereine (Werner Gail). Gäste herzlich willkommen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** Sonnabend, 12. April, abends 8 1/2 Uhr bei Gohlfeld, Köpenickerstr. 16. L. D.: Vortrag des Herrn Dr. Jakobson über: **Gaut- und Geschlechtskrankheiten.** Stichwahl zum Verbandsrat.

Orts- und Bezirksverbände.

Sonne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn **Willy Schulte-Wattler**, Disziplinierklub. — **Königs (Disziplinierklub).** Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei **Walbert „Jägerhof“.** — **Stettin.** Norddeutscher Arbeiterbildungsverband. Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Disziplinierklub im Lokal Engelle, Schiffstraße 9a. Gäste willkommen. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz. in **Hüttmanns Hotel**, Poolstraße, Disziplinierklub. — **Spandau (Disziplinierklub der Deutschen Gewerkschaftervereine, S. D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur **Palme**, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Schwerte (Ortsverband).** Sonntag, 14. April, nachmittags 4 Uhr bei **Jugendklub in Schwerte.** Kombinierte Versammlung der Ortsverbände **Schwerte** und **Wesphalen.** Vortrag des Kollegen **Kofo-Hörbe:** **Ueber den bevorstehenden Verbandsrat u. a. mehr.** — **Yserlohn und Umgebung (Ortsverband).** Sonntag, 14. April, nachm. 8 1/2 Uhr Ortsverbandversammlung bei **Wetterhoff** in **Wettingen.** L. D. d. **Oberrheinischer Arbeiterbildungsverband.** Sonntag, 14. April, nachm. 8 Uhr, Versammlung in **Stettin** (Ortsverband). **Sonnenberg (Ortsverband).** Sonntag, 22. April, nachm. 8 1/2 Uhr, im **„Rathshaus“**, **Stühliß.** 12. Ortsverbandversammlung. L. D. **halsheim.** Vortrag über: **Die Zukunft der Gewerkschafter.** Referent: **Robinson Griesing-Düffeldorf.**

Le Traducteur und The Translator. Wer die Kaufgrundstücke im französischen und Englischen besitzt und sich darin zu üben und leicht zu fördern wünscht, dem seien diese beiden Blätter warm empfohlen. Sie bringen mannigfaltigen Les- und Beschäftigung und beschäftigen besonders die Unterhaltungslehre. Bald belehrend, bald unterhaltend oder belehrend. Können sie unbedenklich der Jugend empfohlen werden. Abonnementsformulare befinden sich bei **„Le Traducteur“** oder bei **„The Translator“** in **La Chaux-de-Fonds** (Schweiz).

Anzeigen-Zeil.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaftervereine
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerkschafterkollegen an den
Wochen und an jedem Sonntag. Fröhliche Besuche, große Rekrutation mit vorzüglicher Küche, vier Regelmäßigkeiten des Anstaltens der Reize entsprechende Einrichtungen. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Bezirksversammlungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, ladet zum Besuch freundlich ein
Carl Bernat, Detonom.

Der Gewerkverein
Jahrgang 1906

auf hellem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandskollegen und Vereinsbibliotheken

3,50, sonst 6 Mark.

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Verantwortlicher Herausgeber:
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Fahnen, Vereinsabzeichen,
Schürpen u. a. Können
und billigsten bei
Th. Berkop, Oppeln.

Kundendienst. Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. Ortsgehalt beim **Kassierer D. Kar Wenger,** Rathgasse 6.

Witten. Verpflegungskarten bei **Heinrich Diegemann, Bergstr. 7.** **Danzig (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkschafterkollegen erhalten beim **Genossen R. Ammerer, Bismarckstr. 10, Verpflegungskarten.**

Jauer (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützung beim **Kollegen F. Kobelt, Hospitalplatz 6.**

Jena. (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei **Carl Müller, Greifgasse 2, Ede Deutscherstraße.**

Hamm in Weßfalen (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten 1 M. Unterstützung beim **Verbandskassierer Carl Bästert in Hamm, Bangestraße 62.**

Chemnitz. Der Arbeitsnachweis sowie die Ausgabe des Ortsverbands-archivs befindet sich bei **Ernst Zärpe, Bogenstr. 17, III Spreck.** mittags von 12-1, abends von 7-9 Uhr.

Düsseldorf (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten freies Radlogis mit Frühstück im **Verbandsbureau Düsseldorf, Zimmermannstr. 41.** Die Karten sind beim **Kollegen K. Poppel, Zimmermannstr. 41,** in Empfang zu nehmen.

Im Verlage des Verbandes der Deutschen Gewerkschaftervereine, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23, ist folgende erschienen:

Die Deutschen Gewerkschaftervereine
(Hirsch-Dunder).

„Eine kurzgefaßte Geschichte“
ihrer Begründung und Entwicklung
von
Karl Goldschmidt.
Berlin 1907.

Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkschafter 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 M., 20 Exemplare 7 M., 30 Exemplare 9 M. und 50 Exemplare 12,50 M.; Zusendung franco. Betrag vorher einzufassen an **Verbandskassierer Wab. Klein, Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23.**

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaftervereine.
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandskollegen!
Allen nach Berlin kommenden Verbandskollegen empfehlen wir unsere neuen und gut eingerichteten Logierkabinen zur gefälligen Benutzung bei nächtlichen Reisen. Die Kabinen bis Abends 10 Uhr beim **Hauswart Schäfer, Nungstraße.**
Das Bureau des Zentralrats.